Tages-Anzeiger · Montag, 18. Oktober 2004

Briten fürchten ein Pensionsloch in Milliardenhöhe

Immer mehr Briten droht Armut im Alter. Im Rentensystem fehlen 120 Milliarden Franken im Jahr. Gefordert sind der Staat und der Sparwille der Privaten – oder jeder arbeitet bis 70.

Von **Dieter Claassen, London**

Bisher brüstete man sich in Grossbritannien damit, bei der Altersvorsorge über eine ideale Kombination zu verfügen – eine staatliche Rente einerseits und ein grosszügiges Betriebsrentensystem andererseits. Beides zusammen sollte Millionen von Britinnen und Briten einen geruhsamen Lebensabend bescheren. Doch nun zwingt die Untersuchung eines von der Regierung ernannten Pensionsausschusses die Briten, eine deutlich unbequemere Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Die Studie spricht Klartext: Falls nicht etwas geschieht, droht das Renteneinkommen der britischen Bevölkerung bis im Jahr 2035 real um ein Drittel zu fallen. Die Gründe dafür liegen in der zunehmenden Lebenserwartung, der gemessen an den Einkommen stetig sinkenden staatlichen Rente und im Schaden, den die privaten und betrieblichen Renten durch den Börsencrash 2000 genommen haben. Laut der Studie sorgen 40 Prozent der Erwerbstätigen derzeit nur unzureichend für ihren Lebensabend vor. «Sie sparen zu wenig», warnt Adair Turner, Chef der Kommission und ehemaliger Banker bei Merrill Lynch.

Um das künftige Heer von ständig länger lebenden Rentnern vor bitterer Armut zu bewahren, müsse entweder der Staat eine Finanzierungslücke von über 120 Milliarden Franken im Jahr schliessen, Private ihre Sparleistung drastisch auf fast 180 Milliarden Franken im Jahr verdoppeln oder jedermann bis zum Alter von 70 Jahren arbeiten – etwa 8 Jahre länger als es die Briten heute gewohnt sind.

Unzureichende staatliche Rente

Jede dieser Massnahmen ist – auf sich allein gestellt – nach Einschätzung von Turner «unerquicklich» und in der Praxis kaum durchführbar. Nachhol- und Anpassungsbedarf bestehe vielmehr in allen drei Bereichen.

Turner ist jedoch darum bemüht, mit seiner düsteren Prognose den Auftraggeber der Studie, Premierminister Tony Blair, nicht unter Druck setzen – zumindest nicht mehr vor den nächsten Wahlen 2005. «Eindeutige Empfehlungen» will er daher erst in einem Jahr vorlegen. «Wir sollten nichts überstürzen», meint denn auch Pensionsminister Alan Johnson. Dagegen hofft ein Sprecher der Konservativen, dass die Wähler der Labour-Regierung schon 2005 für die Untätigkeit in der Rentenfrage «einen Denkzettel verpassen werden». Beträchtliche Probleme und Fehlentwicklungen gebe es nämlich schon heute – und nicht erst in den nächsten 20 und 30 Jahren.

Die staatliche Grundrente auf der Insel, so kritisiert selbst der Kommissionsbericht, krankt schon jetzt daran, dass sie in zu vielen Fällen grob unzureichend und «eine der geizigsten in der westlichen Welt» ist. Der Bürger müsse sich Bedürftigkeitstests unterziehen, wenn er mehr Rente wolle. Das dafür erforderliche Ausfüllen von komplizierten Formularen überfordere aber viele der Alten. Nur etwa die Hälfte der Anspruchsberechtigten auf einen so genannten Pension Credit gelange daher in den Genuss dieser Leistung. 1,7 Millionen versuchen es erst gar nicht.

Jeder Dritte benötigt Beihilfen

Die britische Staatsrente war schon 1980 unter Margaret Thatcher von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt worden. Mit knapp 180 Franken pro Woche für allein Stehende und 285 Franken für Ehepaare liegt sie inzwischen, gemessen am Durchschnittseinkommen, sogar noch unter dem Niveau der Sozialversicherungshilfe in den USA. Der britische Staat wendet mit nur 6,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts weniger für seine Alten auf als jedes andere westliche Industrieland.

Schon jetzt bedarf etwa ein Drittel aller britischen Rentner Beihilfen, vorwiegend der Tax Credit, für eine lebenswürdige Existenz. 18 000 Beamte prüfen die Anträge auf Bedürftigkeit – vor allem unter dem Blickwinkel, ob die Ersparnisse der Antragsteller den Staat von einer zusätzlichen Hilfeleistung befreien. «Sollte die staatliche Grundrente nicht bald massgeblich erhöht werden, könnten letztlich 70 Prozent aller britischen Rentner zu Sozialfällen werden», warnt ein Experte.

Auch für Ros Altmann, eine ehemalige Beraterin Tony Blairs, ist das Rentenproblem für viele Briten schon jetzt akut und nicht erst in 20 oder 30 Jahren. So hätten Englands Unternehmen seit der drastischen Wertminderung ihrer Pensionsanlagen durch den Börsencrash von 2000 bereits damit begonnen, ihre Pensionsverpflichtungen gegenüber ihren Mitarbeitern resolut einzuschränken – mit dem Hauptziel, die Auszahlungen in Zukunft von den Gehältern abzukoppeln. Dagegen glaubte bisher fast die Hälfte aller Lohn- und Gehaltsempfänger, sich darauf verlassen zu können, bei Erreichen des Rentenalters die staatliche Hungerrente durch eine relativ grosszügige Betriebsrente auszugleichen.

Und auch die Pleitewelle hat Folgen: 100 000 angehende oder bereits im Ruhestand befindliche Betriebsrentner haben in den letzten zwei Jahren wegen der Insolvenz ihrer Arbeitgeber ihre Renten oder Rentenansprüche bereits teilweise oder sogar vollständig verloren. Erst ab nächstem Jahr sollen die Unternehmen durch Einzahlungen in einen Feuerwehrfonds gezwungen werden, Mitarbeitern zumindest eine Mindestrente zu garantieren.